



# **Das Flughafenverfahren auf dem neuen Flughafen BER**

# Übersicht

1. Das Flughafenverfahren
2. Kritik am Flughafenverfahren
3. Pläne für Berlin/Brandenburg
4. Zuständigkeiten
5. Verschiedene Positionen
6. Europarechtliche Dimension
7. Kritische Positionen
8. Proteste
9. Wie weiter?



# 1. Das Flughafenverfahren



- Asyl-Schnellverfahren im Transitbereich des Flughafens (§ 18a AsylVfG)
- Im Zuge des sog. Asylkompromisses Anfang der 90er Jahre geschaffen; Ziel: Abwehr von Flüchtlingen
- Gilt für Asylsuchende, die ohne gültige Papiere oder aus 'sicheren Herkunftsstaaten' einreisen
- Asylsuchende werden für die Dauer des Flughafenverfahrens im Transitbereich des Flughafens inhaftiert und gelten als nicht eingereist

# 1. Das Flughafenverfahren



- Asylanhörung unverzüglich nach Ankunft
- BAMF entscheidet innerhalb von zwei Tagen über die Einreise
- Wenn Antrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wird: Antragsfrist für vorläufigen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht: 3 Tage
- Dieses muss innerhalb von 14 Tagen entscheiden.
- Wenn das Gericht die Entscheidung des Bundesamts bestätigt, droht sofort die Abschiebung. Asylsuchende können bis zur Abschiebung auf dem Flughafen festgehalten werden.

# 1. Das Flughafenverfahren



- Wird durchgeführt an fünf deutschen Flughäfen (Frankfurt am Main, München, Düsseldorf, Hamburg, Berlin Schönefeld) > nur in FFM im größeren Stil
- 2010: Insgesamt 735 eingeleitete Flughafen-Verfahren, in nur 57 Fällen Entscheidung innerhalb von 2 Tagen (davon 48 in FFM)
- 1999 - 2008 gab es in Schönefeld nur 52 Flughafen-Asylverfahren, seither ist das Verfahren in Schönefeld de facto ausgesetzt. Erst im Herbst 2011 gab es wieder ein Verfahren.

## 2. Kritik am Flughafenverfahren



### Inhaftierung von Schutzsuchenden

- Beschluss eines Haftrichters erst nach 30 Tagen erforderlich
- auch Familien mit Kindern und unbegleitete Minderjährige können inhaftiert werden (Verstoß gegen UN-Kinderrechtskonvention und EU-Rückführungsrichtlinie)
- Unter haftähnlicher Situation enormer Druck auf den Betroffenen

# BverfG zur Frage der Inhaftierung:



*„Die Begrenzung des Aufenthalts von Asylsuchenden während des Verfahrens nach § 18a AsylVfG auf die für ihre Unterbringung vorgesehenen Räumlichkeiten im Transitbereich des Frankfurter Flughafens stellt keine Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung (Art. 104 GG i. V. m. Art. 2 II S. 2 GG) dar.“*

**Entscheidung aus dem Jahr 1996**



# Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte:

25.06.1996, „Amuur vs. Frankreich“

Der zwangsweise Aufenthalt von Asylbewerbern im Transitbereich des Flughafens Paris-Orly für die Dauer von 20 Tagen unter ständiger polizeilicher Überwachung und ohne Zugang zu rechtlichen Beistand und sozialer Hilfe ist Freiheitsentziehung.

Es kommt entscheidend darauf an, ob sich der Betroffene dieser Maßnahme hätte entziehen können. **Die rein theoretische Möglichkeit reicht nicht aus.**





# Frage der Inhaftierung:



- Auch luftseitiges Verlassen ist nicht möglich, weil keine gültigen Papiere
- Einrichtung rund um die Uhr bewacht
- Keine Zellen aber vergitterte Fenster und Zaun um Unterkunft

## 2. Kritik am Flughafenverfahren



### Eile des Verfahrens

- Asylsuchende unmittelbar nach der Flucht oft nicht imstande über Fluchtgründe zu sprechen
- Zeitdruck macht Vorbereitung auf die Anhörung unmöglich
- Kurze Fristen für Rechtsschutzanträge: Es ist schlicht unmöglich, die geforderten schriftlichen Klagebegründungen und Nachweise zu den Asylgründen rechtzeitig beizubringen.

## 2. Kritik am Flughafenverfahren



### Eile des Verfahrens

- Qualitätsüberprüfung von Anhörung und Entscheidung in der kurzen Zeit nicht möglich
- Ergebnis: immer wieder Fehlentscheidungen, die in der Regel von den Verwaltungsgerichten nicht korrigiert werden
- Eklatantes Beispiel: Fall von zwei eritreischen Flüchtlingen, die im Flughafenverfahren abgelehnt und in Eritrea direkt inhaftiert und misshandelt wurden

## 2. Kritik am Flughafenverfahren



### Erschwerter Zugang zu Anwält\_innen und Beratung

- Keine Vorbereitung auf die Anhörung > geringe Erfolgsaussichten
- In FFM: enormer finanzieller und personeller Aufwand von NGOs/Kirchen, um Beratung im Flughafenverfahren sicherzustellen

### 3. Pläne für Berlin/Brandenburg



- Neubau einer Haftanstalt für 30 Personen, Inbetriebnahme zeitgleich zur Flughafeneröffnung
- BAMF rechnet mit 300 Fällen im Jahr
- Schlaf- bzw. Wohnräume, Freizeiträume, Kinderspielzimmer, Gebetsraum, Freifläche mit Kinderspielplatz und Sportgeräten
- Flughafenbetreibergesellschaft stellt Unterkunft, Brandenburg ist für Betrieb der Einrichtung zuständig
- Soziale Betreuung durch private Sicherheitsfirma B.O.S.S. (ASK Allgemeine Sicherheits- und Kontrollgesellschaft mbH)



## 4. Zuständigkeiten

§ 18a Asylverfahrensgesetz: ein Flughafenverfahren ist durchzuführen *“soweit die Unterbringung auf dem Flughafengelände während des Verfahrens möglich (..)ist”*

Die rechtliche Verpflichtung eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, trifft den Flughafenbetreiber (§ 65 AufenthG)

> FBS: Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, sowie der Bund

Land Brandenburg ist für Betrieb der Einrichtung zuständig

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt Asylanhörnung durch.



## 5. Verschiedene Positionen

### Berlin

- Wowereit: “Das Land Berlin ist mangels Zuständigkeit in den entsprechenden Arbeitsgruppen nicht vertreten.”
- “Verpflichtung der FBS bundesgesetzliche Vorgaben umzusetzen” (Aber: Warum gibt es dann z.B. in Tegel und in Stuttgart kein Flughafenverfahren?)
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abschaffung des Flughafenverfahrens im Berliner Abgeordnetenhaus im Februar abgelehnt (mit den Stimmen von SPD und CDU)

## 5. Verschiedene Positionen



### Brandenburg

- Hat sich mehrmals beim Bund dafür eingesetzt, die Entscheidung über Durchführung des Flughafenverfahrens am BER zurückzustellen (europarechtliche Bedenken und aus Kostengründen)
- **Fraktionsübergreifender Landtagsbeschluss:** Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Flughafenverfahrens, Engagement auf Bundesebene für Verzicht auf Flughafenverfahren am BER, „gute“ Ausgestaltung der Unterbringugn am BER
- **Trotz allem: Haft wird gebaut und betrieben**



# 5. Verschiedene Positionen



## Bundesregierung

- “Unterbringung am Flughafen ist keine Haft“
- BverfG hat 1996 Flughafenverfahren für verfassungskonform erklärt
- Geringe Fallzahlen beweisen abschreckende Wirkung: Wer keine Asylgründe hat, versucht gar nicht erst einzureisen
- Auch nur vorübergehender Verzicht auf Flughafenverfahren würde deutsche Verhandlungsposition auf EU-Ebene schwächen

## 6. Europarechtliche Dimension



In der EU-Kommission werden zur Zeit die Aufnahme richtlinie und die Verfahrensrichtlinie überarbeitet.

Vorschläge der Kommission sahen besseren Flüchtlingsschutz vor und hätten deutsches Flughafenverfahren unmöglich gemacht.

Die Bundesregierung hat das Flughafenverfahren wieder in die Verfahrensrichtlinie hineinverhandelt (Ausnahmeregelungen für bestimmte Schnellverfahren) und sie versucht, das Verfahren aus dem Wirkungsbereich der Aufnahme richtlinie herauszuverhandeln.



## 7. Kritische Positionen

- Gemeinsame Stellungnahme mit über 70 Unterzeichner\_innen (Flüchtlingsräte, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Anwäl\_t\_innen ...)
- Pressemitteilung des UNHCR: Flughafenverfahren höchst problematisch
- Synodenbeschluss der Evangelischen Landeskirche: Flughafenverfahren rechtsstaatswidrig
- Stellungnahme des DAV: "Flughafenverfahren mit unserem Rechtssystem nicht mehr vereinbar"

## 7. Kritische Positionen



- UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierung:  
Fristen für Rechtsschutzanträge viel zu kurz
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:  
Asyl-Schnellverfahren können Recht auf effektiven Rechtsschutz verletzen

## **8. Proteste**



**1. Öffentlichkeit herstellen**

**2. Protest verbreitern**

**3. Druck auf Entscheidungsträger erhöhen  
(Länder, Bund, EU)**

## 8. Proteste



**14.10.2011**

Gemeinsame Presserklärung des Flüchtlingsrat Berlin e.V., des Flüchtlingsrat Brandenburg e.V. und des Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.

**8.12.2011**

Das Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg übergibt einen offenen Brief an den Berliner Bürgermeister bzw. seinen Staatssekretär



## 8. Proteste



**11.12.2011**

400 Menschen protestieren vor dem Knast Grünau gegen Abschiebehaft und das am Flughafen Schönefeld geplante Asylschnellverfahren.

**14.12.2011**

Offener Brief des Flüchtlingsrats an die Landtagsabgeordneten Brandenburgs

# 8. Proteste



**20.1.2012**

## **Gemeinsame Stellungnahme gegen die Inhaftierung von Asylsuchenden und das Asylschnellverfahren auf dem Großflughafen BER Willy Brandt von**

Asyl in der Kirche e.V. / AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. / Prof. Dr. Klaus J. Bade (Migrationsforscher, Berlin) / Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL / Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V. / Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin / Erzbistum Berlin / Flüchtlingsrat Berlin e.V. / Flüchtlingsrat Brandenburg e.V. / Dr. med. Jürgen Hölzinger (Ausschuss für Menschenrechtsfragen der Ärztekammer Berlin) / Initiative gegen Abschiebehaft / Jesuiten Flüchtlingsdienst Deutschland / Landesjugendwerk der AWO Berlin / Landesjugendwerk der AWO Brandenburg / Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Berlin / Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Brandenburg / Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. / Hanns Thomä (Beauftragter für Migration und Integration der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) / Zentrum Überleben

Aktualisierte Liste bei [www.fluechtlingsrat-brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de)



# 8. Proteste



**24.1.2012**

Das Bündnis gegen Lager übergibt eine Protestnote an das Bundesinnenministerium gegen das Flughafenasyilverfahren und Gewahrsam auf dem BER. Keine Reaktion.



# 8. Proteste



Abend:

Landesregierung Brandenburg  
Ministerpräsident Volker Willmet  
Fax 0331 905-1321  
SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg  
Fax 0331 905-1337  
Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg  
Fax 0331 905-1335

Siehe gesamte News-Paket,  
Sicht gesamte Galerie und News.

Ich werde nicht an Sie, weil ich Sie außerdem möchte sich für Menschenrechte von Flüchtlinge in  
Brandenburg, in der SPD und nicht zuletzt auch in der gesamten EU einsetzen. Die am meisten  
Flüchtlinge über Brand geteilte Inhaftierung schutzsuchender Flüchtlinge zur Durchführung des  
Abschiebeprozesses in sogenannten Flüchtlingsheimen ist mit Menschenrechten nicht zu vereinbaren.  
Präsidentenfragen können wir entnehmen, dass die Landesregierung Brandenburg den Bau und  
den Betrieb einer weiteren Einweisung wegen europaweitlicher Bedeutung ausweiten sollte, bis  
die europaweitliche Unlösbarkeit der Flüchtlingsverfahren gelöst ist. Die Bundesregierung  
ist aber mit dem Bau der Haftanstaltung Fakten schaffen, die für das europaweitliche Durchfüh-  
rung ihrer rechtlichen Verpflichtungen dienen. Damit würde die Brandenburger Landes-  
regierung für eine der Bundesregierung genehmigten europaweitlichen Legitimierung der Inhaf-  
tung von Flüchtlingen an allen EU-Luftanschlüssen beitragen.  
Ich bitte Sie, dies nicht zu tun.

- Verweigern Sie unter Verweis auf die Menschenrechtslage und europaweitliche  
Flüchtlingsverfahren die Flüchtlingsverfahren die Kooperation in Bezug auf den Bau und den  
Betrieb der Haftanstalt?
- Sollen Sie sich im Rahmen der Föderalismuskonferenz der Länder und des Bundesrates für  
eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes mit dem Ziel ein, 800 Flüchtlingsverfahren  
abschließen?
- Müssen Sie sich nicht zum Handeln einer Petition der Abschaffung und Flüchtlingsverfahren  
sindem werden Sie sich für eine "historische Gerechtigkeit des Menschen in einem  
weltweitem Land" ein?

Mit freundlichen Grüßen,  
Oliver Lütjens

© Foto: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) / Bild: Uwe Wenzel / FAZ

9.2.2012

Faxaktion gegen Asylknast an  
Brandenburger Landtag



22.2.2012  
Demo zum  
Potsdamer Landtag

## 8. Proteste



**22.3.2012**

Mahnwache Innenministerkonferenz.  
Motto: *Wer Rassismus bekämpfen will, darf bei der NPD nicht aufhören!*



**28.4.2012**

Demo durch Berlin-Mitte zur EU-Kommission, Landesvertretungen Hessen, Brandenburg...



# 8. Proteste

## 12.05. BER-Besucherfest



## 8. Proteste



## Fussball-Solidarität

- > Babelsberg (März)
- > TeBe (April)



## 9. Wie weiter?



**[www.keinasylnastbbi.info](http://www.keinasylnastbbi.info)**

**Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg  
[bglbb.blogspot.de](http://bglbb.blogspot.de)**

Newsletter: Mail an [mail@keinasylnastbbi.info](mailto:mail@keinasylnastbbi.info)